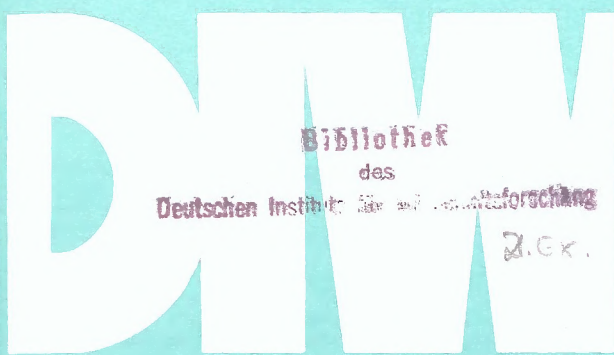




Zur Wirtschaftslage

Weltwirtschaftliche Expansion schwächer als erwartet	159
Bundesrepublik Deutschland: In der konjunkturellen Abschwungsphase?	165
Privater Verbrauch bleibt Konjunkturstütze	168

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 12/87

Berlin

19. März 1987

54. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Weltwirtschaftliche Expansion schwächer als erwartet

Die Weltkonjunktur hat sich zu Beginn des Jahres merklich abgekühlt. Hierzu trug nicht zuletzt das Sinken des Dollarkurses bei, das sich bis in das laufende Jahr hinein fortsetzte. Da nicht abzusehen war, auf welchem Niveau der Kursverfall zum Stillstand kommen würde, entschlossen sich die Regierungen und Notenbanken der führenden Industrieländer, gemeinsam, gegebenenfalls durch stärkere Interventionen am Devisenmarkt, einem weiteren Rückgang des Dollarkurses entgegenzutreten und dies durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen zu flankieren. Die Regierungen folgten damit dem Beispiel, das sie bereits im Herbst 1985 mit dem Übereinkommen zur Senkung des damals überhöhten Dollarkurses gegeben hatten. Während aber zu jener Zeit die auf den Devisenmärkten erkennbare Tendenz zur Rückbildung des hohen Dollarkurses mit den währungspolitischen Zielen übereinstimmte, wird diesmal versucht, eine Stabilisierung gegen die Marktkräfte herbeizuführen. Dies ist zunächst auch gelungen. Jedoch herrscht in der Öffentlichkeit die Meinung vor, daß das hohe amerikanische Leistungsbilanzdefizit, das vor allem als Folge der beträchtlichen Dollarüberbewertung entstand, nur bei einer entsprechenden Dollarunterbewertung in einem überschaubaren Zeitraum zu beseitigen ist und daß deshalb der Dollarkurs eher noch weiter sinken müsse. Zwar ist unbestritten, daß bereits das bisherige Ausmaß des Dollarkursverfalls die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit verbessert hat und eine Verminderung des Leistungsbilanzdefizits nach sich ziehen wird. Allgemein wird jedoch erwartet, daß sich das Defizit beim gegenwärtigen Kursniveau nur sehr langsam verringert. Je niedriger das Kursniveau wäre, desto schneller würde das Defizit zurückgehen.

In dieser Diskussion wird aber zu wenig darauf eingegangen, welche Folgen ein rascher wechsellkursbedingter Abbau des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits für die weltwirtschaftliche Entwicklung hätte. Diejenigen, die im hohen Passivsaldo der amerikanischen Leistungsbilanz wie des Bundeshaushalts die entscheidenden weltwirtschaftlichen Störfaktoren sehen, plädieren für eine zügige Beseitigung dieser Salden, ohne sich die weltwirtschaftlichen Gefahren vor Augen zu führen, die damit einhergingen. Das amerikanische Leistungsbilanzdefizit hat gegenwärtig eine Relation zum amerikanischen Bruttosozialprodukt von über 3 vH. Es ist anzunehmen, daß ein Abbau dieses Defizits vor allem zu Lasten der übrigen Industrieländer ginge. Die Entwicklungsländer, die mit den Verschuldungsproblemen zu ringen haben, werden mit allen Mitteln einer erneuten Erhöhung ihres Leistungsbilanzdefizits entgegentreten. Am Bruttosozialprodukt der westlichen Industrieländer insgesamt haben die USA einen Anteil von rund 40 vH. Bezogen auf das Bruttosozialprodukt der übrigen Industrieländer beträgt das amerikanische Leistungsbilanzdefizit reichlich 2 vH. Bei einer raschen Beseitigung dieses Defizits sähen sich diese Länder — würden sie alleine hiervon betroffen — mit einem Nachfrageausfall konfrontiert, der größer als die jetzige Zunahme ihres Sozialprodukts wäre. Die Regierungen dieser Länder müßten dann massiv wirtschaftspolitisch gegensteuern, um eine Rezession zu vermeiden. Bedenkt man, auf welche Widerstände schon jetzt wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Beschleunigung des unzureichenden Wachstums stoßen, so wird deutlich, daß mit einem solchen massiven Gegensteuern nicht gerechnet werden kann und daß ein radikaler Defizitabbau weltwirtschaftlich verheerende Folgen hätte.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1985 in vH		Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
	BSP	Ausfuhr der BRD	1985 real nominal Preise ²⁾			1986 real nominal Preise ²⁾			1987 real nominal Preise ²⁾		
Bundesrepublik Deutschland	8,8		2,5	4,8	2,2	2,4	5,6	3,1	1,5	3,0	1,5
Frankreich	6,8	15,5	1,1	7,1	5,9	2,0	6,0	4,0	1,5	4,5	3,0
Großbritannien	5,3	11,1	3,4	9,9	6,3	2,5	6,0	3,5	2,5	8,0	5,5
Italien	4,7	10,1	2,3	11,3	8,8	2,5	11,0	8,5	2,5	7,5	5,0
Spanien	2,1	2,4	2,2	11,2	8,7	3,0	12,5	9,0	2,5	8,0	5,5
Niederlande	1,7	11,2	1,7	4,2	2,4	1,5	2,0	0,5	1,5	1,5	0,0
Belgien	1,1	8,9	1,0	6,6	5,5	2,0	5,0	3,0	1,5	5,0	3,5
Dänemark	0,8	2,9	3,9	9,4	5,3	3,3	8,0	4,5	1,0	4,0	3,0
Griechenland	0,4	1,3	2,1	20,1	17,6	0,5	19,5	19,0	0,5	14,5	14,0
Portugal	0,2	0,6	3,3	25,6	21,6	2,0	14,0	12,0	2,0	11,0	9,0
Irland	0,2	0,6	2,0	7,1	5,0	1,5	6,5	5,0	1,5	6,5	5,0
EG	32,1		2,2	8,0	5,6	2,3	7,0	4,7	1,9	5,4	3,5
EG ohne BRD	23,3		2,2	9,2	6,9	2,3	7,6	5,3	2,0	6,2	4,2
EG ohne BRD ³⁾		64,6	2,0	8,4	6,2	2,1	6,6	4,5	1,8	5,5	3,7
Schweden	1,2	3,6	2,3	9,2	6,8	2,0	6,5	4,5	1,0	4,5	3,5
Schweiz	1,4	7,0	4,0	6,8	2,7	2,0	5,0	3,0	1,5	4,0	2,5
Österreich	0,9	6,6	3,0	6,3	3,3	2,0	4,5	2,5	1,5	4,0	2,5
Norwegen	0,7	1,6	4,2	10,0	5,5	2,5	6,5	4,0	2,0	5,0	3,0
Europäische Industrieländer	36,3		2,4	8,0	5,5	2,3	6,9	4,5	1,8	5,2	3,4
Europäische Industrieländer ohne BRD	27,5		2,3	9,0	6,5	2,3	7,3	5,0	1,9	5,9	4,0
Europäische Industrieländer ohne BRD ³⁾		83,4	2,3	8,1	5,7	2,1	6,3	4,2	1,7	5,2	3,5
USA	40,8	13,4	2,7	6,2	3,4	2,5	5,0	2,5	2,5	6,0	3,5
Kanada	3,3	1,3	4,0	7,4	3,3	3,5	6,5	3,0	2,5	6,5	4,0
Japan	19,6	1,9	4,5	6,3	1,7	2,5	4,5	2,0	2,5	4,0	1,5
Außereurop. Industrieländer	63,7		3,3	6,3	2,9	2,6	4,9	2,4	2,5	5,4	2,9
Außereurop. Industrieländer ³⁾		16,6	3,0	6,3	3,2	2,6	5,1	2,5	2,5	5,8	3,3
Insgesamt	100,0		3,0	6,9	3,8	2,5	5,6	3,2	2,3	5,3	3,1
Insgesamt ohne BRD	91,2		3,0	7,1	4,0	2,5	5,6	3,2	2,3	5,6	3,3
Insgesamt ohne BRD ³⁾		100,0	2,4	7,8	5,3	2,2	6,1	3,9	1,9	5,3	3,5

¹⁾ Auf Dollarbasis. — ²⁾ Deflationierungsfaktor. — ³⁾ Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.
 Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 1 – 2/87.

Es ist daher zu begrüßen, daß mit dem in Paris vereinbarten Vorgehen der führenden Industrieländer nur ein allmählicher Defizitabbau ins Auge gefaßt wurde. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob es gelingen wird, die Wechselkursrelationen relativ stabil zu halten, also die Devisenspekulation davon zu überzeugen, daß die Währungsvereinbarungen zu dauerhaften Erfolgen führen. Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse hängen nicht allein von den Wechselkursrelationen, sondern auch vom Konjunkturgefälle zwischen den Wirtschaftsräumen ab. Expandiert aber die Wirtschaft in Defizitländern stärker als in Überschußländern, so muß dies durch erhebliche Währungsunter- und -überbewertungen ausgeglichen werden, soll überhaupt eine nennenswerte Verringerung der Leistungsbilanzsalden zustande kommen. Bei der gegenwärtig in den einzelnen Ländern betriebenen Wirtschaftspolitik dürfte die Expansion in den USA die in Westeuropa weiterhin übertreffen. Die Währungsspekula-

tion wird aber nicht an einen Erfolg der Pariser Vereinbarungen glauben, wenn sie nicht mit einer Wachstumsbeschleunigung in Westeuropa rechnen kann. Zwar haben die Regierungen einiger westeuropäischer Länder eine Anregung der Expansion vor allem durch Steuersenkungen in Aussicht gestellt. Es ist jedoch höchst fraglich, ob die Steuersenkungen rechtzeitig kommen und ausreichen werden, das Wachstum zu verstärken, zumal von der Exportentwicklung weiterhin dämpfende Einflüsse ausgehen.

Es sind daher Zweifel angebracht, ob die erstrebte Wechselkursstabilisierung gelingen wird; die Gefahr, daß der Dollarkurs in absehbarer Zeit nochmals fällt, ist nicht beseitigt. Eine weitere Dollarkurssenkung würde die Wettbewerbsfähigkeit der *amerikanischen Wirtschaft* weiter verbessern und damit sowohl deren Exportentwicklung als auch die Umlenkung von heimischer Nachfrage zu den Inlandsmärkten beschleunigen. Allerdings erhöhen

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Export von Gütern und Diensten			Import		
	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987
Bundesrepublik Deutschland	1,8	4,0	3,0	2,2	2,5	1,5	-0,3	3,3	3,5	7,3	-0,6	0,0	4,7	3,5	4,0
Frankreich	2,4	3,0	1,5	1,3	3,0	2,0	3,4	2,5	2,0	1,9	0,5	1,0	5,3	6,0	3,5
Grossbritannien	3,7	4,5	4,0	0,1	2,0	2,0	1,9	0,5	3,0	5,9	2,5	3,5	3,0	5,5	6,0
Italien	1,9	3,0	3,5	2,5	2,5	2,5	4,1	5,0	4,5	8,2	4,5	2,0	9,4	8,0	5,5
Spanien	1,8	2,5	3,0	4,4	3,0	2,0	3,9	7,0	5,0	2,9	3,5	2,0	5,8	5,5	5,0
Niederlande	1,6	2,5	2,0	1,1	0,5	0,0	3,7	4,0	3,5	4,6	3,0	2,0	5,7	4,5	3,5
Belgien	2,0	1,5	0,5	2,0	-1,0	-1,0	0,0	3,5	3,0	4,3	3,5	2,5	2,8	3,5	2,5
Dänemark	4,9	4,8	1,5	2,2	-0,1	1,0	13,1	12,7	1,0	4,0	0,9	2,0	8,2	6,9	3,0
Griechenland	2,9	0,5	0,5	2,3	0,5	1,0	3,4	-3,0	0,0	1,3	4,0	1,5	12,8	-2,0	1,0
Portugal	1,0	1,5	1,5	1,7	0,0	0,5	-3,0	1,5	1,5	11,1	6,0	1,5	3,3	5,5	4,5
Irland	1,6	1,0	1,0	0,8	0,0	0,0	-0,3	1,0	1,0	6,7	4,0	2,0	2,8	3,5	4,0
EG ¹⁾	2,3	3,4	2,7	1,7	2,2	1,7	2,3	3,4	3,2	5,5	1,7	1,5	5,3	5,0	4,2
EG ohne BRD ¹⁾	2,5	3,2	2,6	1,5	2,1	1,8	3,4	3,4	3,1	4,8	2,7	2,2	5,5	5,6	4,3
Schweden	2,7	2,0	1,5	1,5	1,5	1,0	6,6	1,5	1,0	2,7	4,0	2,0	7,5	3,5	3,5
Schweiz	1,5	3,0	1,5	2,3	1,0	2,0	5,7	4,0	3,5	8,3	3,5	1,5	5,8	5,5	3,5
Österreich	2,4	2,0	2,0	2,1	1,5	1,5	6,0	4,0	3,0	7,1	1,0	0,0	7,1	5,0	3,0
Norwegen	8,2	3,5	2,0	3,4	2,0	2,5	-21,9	5,5	2,0	10,0	2,0	1,0	7,7	4,0	1,0
Europäische Industrieländer ¹⁾	2,4	3,3	2,6	1,8	2,1	1,7	2,2	3,4	3,1	5,7	1,9	1,5	5,5	5,0	4,0
Europäische Industrieländer ohne BRD ¹⁾	2,6	3,1	2,4	1,6	2,0	1,7	3,0	3,4	3,0	5,2	2,7	2,0	5,7	5,4	4,1
USA	3,5	4,0	3,5	6,3	3,0	2,0	8,2	1,5	2,0	-2,0	2,0	8,0	3,8	10,5	1,0
Kanada	5,0	4,5	3,5	2,1	0,5	2,0	5,8	2,5	2,5	5,8	3,0	3,0	7,7	6,5	2,0
Japan	2,7	3,0	3,5	2,6	4,0	3,0	5,4	6,5	4,5	5,9	-5,5	-1,0	0,7	4,0	5,0
Außereurop. Industrieländer	3,4	3,7	3,5	5,3	3,0	2,2	7,0	3,6	3,0	2,2	-0,9	3,8	3,4	8,0	2,4
Insgesamt ¹⁾	3,0	3,6	3,2	3,9	2,6	2,0	5,3	3,5	3,1	4,3	0,8	2,4	4,6	6,2	3,4
Insgesamt ohne BRD ¹⁾	3,1	3,5	3,2	4,1	2,7	2,0	5,9	3,5	3,0	3,8	1,0	2,8	4,6	6,6	3,2

¹⁾ Gewichte 1985 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet. Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Wochenbericht des DIW, Nr. 1 – 2/87.

dann auch kräftigere Importpreissteigerungen die Gefahr einer Inflationsverstärkung. Bereits die bisherige Dollarabwertung wird dazu führen, daß die Exporte real stärker als im vergangenen Jahr zunehmen und die Importe real nicht mehr steigen, sondern zurückgehen. Wenn trotzdem das — nominale — Leistungsbilanzdefizit in diesem Jahr nur mäßig abnehmen dürfte, so deswegen, weil die Wechselkursbedingte Verschlechterung der Terms of Trade für sich genommen eine Erhöhung des Leistungsbilanzdefizits nach sich zieht.

Den von der Außenwirtschaft kommenden expansiven Impulsen stehen binnenwirtschaftliche Dämpfungseffekte gegenüber. Einmal wirkt die Finanzpolitik nicht mehr so expansiv wie in den vergangenen Jahren. Wegen der Bemühungen um Konsolidierung des Bundeshaushalts nehmen die Staatsausgaben nur noch mäßig zu, und welche Wirkungen von der Steuerreform, die per Saldo die Unternehmen belastet und die privaten Haushalte entlastet, ausgehen werden, ist ungewiß. Die Anlageinvestitionen werden — wie schon im vergangenen Jahr — nur ver-

halten zunehmen. Dagegen dürfte der private Verbrauch immer noch beachtlich, wenn auch nicht mehr so stark wie im vergangenen Jahr, steigen. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die bereits sehr niedrige Sparneigung der privaten Haushalte nochmals sinkt, eher wird sie wieder etwas zunehmen.

Von der Geldpolitik dürften im weiteren Verlauf dieses Jahres nicht mehr so expansive Wirkungen ausgehen wie bisher. Aus Furcht vor einer merklichen Inflationsbeschleunigung wird der Federal Reserve Board wahrscheinlich keine so starke Ausdehnung der Geldmenge zulassen wie in der Vergangenheit. Trotzdem wird sich das Wirtschaftswachstum im bisherigen moderaten Tempo fortsetzen, denn die binnenwirtschaftlichen, per Saldo retardierenden Impulse werden durch die außenwirtschaftlichen, expansiven Einflüsse etwa ausgeglichen.

In Westeuropa sind gegenwärtig die meisten Länder als Folge der Dollarabwertung an ihrer außenwirtschaftlichen Flanke bedroht. So haben sich die konjunkturellen Perspektiven *Frankreichs* in den letzten Monaten deutlich

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westl. Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾					
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit											
	in Landeswährung												in SZR		
	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	1987	1985	1986	
Bundesrepublik Deutschland	8,8	9,2	-1,0	3,8	5,1	4,0	6,2	6,7	-2,5	1,3	2,6	2,5	-1,1	20,4	
Frankreich	11,6	12,5	6,0	5,7	4,0	4,0	10,3	10,5	4,5	4,5	2,0	2,5	2,6	14,5	
Grossbritannien	12,9	1,0	5,5	8,4	8,0	9,0	9,2	-1,5	3,0	4,9	5,5	6,5	2,7	3,2	
Italien	13,6	19,5	9,0	11,1	9,0	6,5	11,0	16,5	7,0	8,6	6,5	4,0	0,9	18,0	
Spanien	10,7	18,0	9,5	9,8	8,5	7,0	8,3	14,5	7,0	7,4	5,5	4,5	2,5	10,8	
Niederlande	7,0	1,0	0,5	2,6	2,5	2,0	5,2	-0,5	-1,0	0,9	1,0	0,5	-1,6	18,5	
Belgien	11,3	7,5	8,5	5,1	4,0	3,5	10,2	5,5	7,0	4,1	2,0	2,0	2,3	17,3	
Dänemark	10,5	3,5	6,0	8,3	7,0	4,0	6,3	0,0	5,0	4,2	3,5	3,0	2,8	17,3	
Griechenland	19,0	20,0	15,0	23,4	19,0	14,0	16,6	19,5	14,5	20,8	18,5	13,5	-0,5	1,2	
Portugal	25,5	16,5	11,5	20,0	12,5	11,0	21,5	14,0	9,0	16,0	10,5	9,0	0,6	8,9	
Irland	17,7	6,5	8,0	5,2	6,5	6,0	15,4	5,0	6,0	3,2	5,0	4,5	2,1	14,3	
EG ³⁾	11,3	10,9	5,0	6,7	6,1	5,4	8,6	6,6	2,5	4,0	3,6	3,3	0,8	15,3	
EG ohne BRD ³⁾	12,1	11,5	7,1	7,9	6,5	5,9	9,5	6,6	4,4	5,1	4,0	3,6	1,6	13,2	
Schweden	12,1	8,0	3,0	8,0	6,5	5,0	9,6	6,0	2,0	5,6	4,5	4,0	2,5	9,2	
Schweiz	8,1	4,0	4,0	6,1	5,5	4,0	3,9	2,0	2,5	2,0	3,5	2,5	-1,5	22,3	
Österreich	8,4	4,0	4,0	6,0	5,0	4,0	5,2	2,0	2,5	3,0	3,0	2,5	0,6	20,8	
Norwegen	3,9	10,0	5,0	11,0	5,5	5,0	-0,4	7,5	3,0	6,5	3,0	3,0	2,1	3,6	
Europäische Industrieländer ³⁾	11,0	10,4	4,9	6,8	6,1	5,3	8,1	6,3	2,5	4,1	3,6	3,3	0,9	15,1	
Europäische Industrieländer ohne BRD ³⁾	11,6	10,7	6,6	7,9	6,5	5,8	8,7	6,2	4,1	5,0	3,9	3,5	1,5	13,4	
USA	4,5	4,0	7,0	6,9	5,5	6,0	1,7	1,5	4,0	4,1	3,0	3,5	5,1	-10,9	
Kanada	4,4	4,5	8,0	8,1	7,0	6,0	0,4	0,5	5,5	3,9	3,5	3,5	-0,5	-12,0	
Japan	12,0	3,0	4,0	4,8	5,0	4,0	7,1	0,5	1,5	0,3	2,5	1,5	0,8	25,5	
Aussereurop. Industrieländer ³⁾	7,1	3,7	6,0	6,4	5,4	5,4	3,4	0,9	3,4	2,7	2,9	2,8	2,5	2,3	
Insgesamt ³⁾	8,6	6,2	5,6	6,5	5,7	5,4	6,3	4,2	2,8	3,5	3,3	3,1	1,5	10,1	
Insgesamt ohne BRD ³⁾	8,5	6,0	6,2	6,8	5,7	5,5	6,3	3,8	3,8	3,9	3,4	3,2	1,9	8,3	

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoeinkommens. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoeinkommens. — 3) Gewichtet mit 1985er Anteilen. Für 1) und 2): gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.

Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet. Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Wochenbericht des DIW, Nr.1-2/87.

verschlechtert. Mit Ausnahme weniger Branchen, wie der Automobil- und der Pharmaindustrie, hat die industrielle Aktivität stagniert oder war sogar rückläufig. Aber nicht nur in der Industrie, auch im Einzel- und Großhandel lagen die Umsätze deutlich unter den Erwartungen.

Der private Verbrauch, der bis zum Herbst 1986 kräftig expandierte, stagniert seitdem. Offenbar hat nicht zuletzt die kräftige Erhöhung der Sozialbeiträge im zweiten Halbjahr 1986 die Kaufkraft der privaten Haushalte deutlich beeinträchtigt, die im ersten Halbjahr zunächst durch Einkommensteuersenkungen gestärkt worden war.

Zu Beginn dieses Jahres wurden die letzten Preiskontrollen aufgehoben. Nachdem die frühere schrittweise Freigabe der Preise von Industrie- und Konsumgütern keine negativen Folgen auf das Inflationstempo gehabt hatte, vertraute die Regierung auch jetzt wieder darauf,

daß dies nur zu geringfügigen zusätzlichen Preissteigerungen führen werde. Diese Erwartungen wurden enttäuscht. Insbesondere im Dienstleistungsbereich, etwa im Hotel- und Gaststättengewerbe, aber auch bei Banken und Versicherungen kam es zu teilweise kräftigen Preisanhebungen. Versuche der Regierung, dem entgegenzuwirken, hatten nur geringen Erfolg. Aufgrund früherer Erfahrungen ist das Vertrauen darauf, daß das neue System der freien Preisbildung lange Bestand haben werde, nicht sehr groß, zumal sich die Regierung — psychologisch nicht sehr geschickt — für „Notfälle“ vorbehalten hat, wieder einzugreifen.

Die Preiserhöhungen fielen zusammen mit einer weiteren Anhebung der Sozialabgaben um 0,4 vH des Einkommens. Bei den gegenwärtig nur geringen Lohnsteigerungen und der zunehmenden Arbeitslosigkeit wird das verfügbare Einkommen im ersten Quartal dieses Jahres

wohl zurückgehen, so daß der private Verbrauch weiterhin kaum expandieren dürfte.

Die Kürze des vorangegangenen Aufschwungs — er hielt noch nicht einmal ein Jahr an — und die rasche Verschlechterung der Wirtschaftslage haben zu einer pessimistischeren Einschätzung der Entwicklung in diesem Jahr geführt. Hierdurch wird auch die Investitionsneigung der privaten Unternehmen, die sich gerade zu bessern begann, negativ beeinflusst. Zuletzt sind die Auftragseingänge bei Ausrüstungsgütern stark zurückgegangen. Zudem werden die Lagerbestände zunehmend als überhöht angesehen.

Jedoch wird die Konjunktur nicht allein durch die Abschwächung der Binnennachfrage beeinträchtigt. Auch die Auslandsnachfrage hat weniger als erwartet zugenommen, und die Konjunkturabschwächung bei den wichtigsten Handelspartnern läßt kaum Besserung zu. Trotz der gegenwärtig guten Ertragslage der Unternehmen dürften die Investitionen nur wenig zunehmen.

Wegen der Wachstumsabschwächung aller wichtigen Komponenten des Bruttosozialprodukts kann für 1987 nur mit einer Zunahme des Bruttosozialprodukts um etwa 1,5 vH gerechnet werden. Angesichts des leichten Überhangs aus dem Vorjahr bedeutet dies wenig mehr als Stagnation. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich daher trotz verschiedener bereits beschlossener arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen deutlich verschlechtern. Zwar könnte sich die Regierung — insbesondere im Hinblick auf die 1988 anstehenden Präsidentschaftswahlen — im Laufe des Jahres zu weiteren wirtschaftspolitischen Anregungen entschließen. Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1987 dürfte hiervon aber nur wenig beeinflusst werden.

Italien gehört zu den Industrieländern, in denen die konjunkturelle Entwicklung auch jetzt noch vergleichsweise gut ist. Allerdings dürften sich die Prognosen nationaler und internationaler Institutionen wie auch der Regierung, die ein Wirtschaftswachstum von 3 bis 3,5 vH für wahrscheinlich halten, als zu optimistisch erweisen. Anlaß für eine skeptischere Einschätzung gibt vor allem die Konjunkturabschwächung bei allen wichtigen europäischen Handelspartnern, die die italienische Wirtschaft, insbesondere die Exportwirtschaft, nicht unbeeinflusst lassen wird.

Der private Verbrauch ist bisher kräftig gestiegen. Bei weiter nachlassendem Preisanstieg und etwa gleichbleibenden Lohnabschlüssen wird die Nachfrage nach wie vor durch die günstige Entwicklung der Kaufkraft der privaten Haushalte angeregt. Von der Binnennachfrage gehen daher positive Impulse auf die Investitionsbereitschaft aus, zumal sich die Ertragslage der italienischen Unternehmen in den letzten beiden Jahren stark verbessert hat.

Gefahren drohen der Wirtschaftsentwicklung vor allem von der Außenwirtschaft. Zwar hat sich die Handelsbilanz

1986 günstig entwickelt. Dies ist allerdings zu einem großen Teil auf die starke Verbilligung der Erdöleinfuhren zurückzuführen. Die Importe, vor allem die von Konsumgütern, nehmen im Sog der starken Binnennachfrage aber kräftig zu. Von der raschen Konjunkturabschwächung bei den wichtigsten Handelspartnern sowie der kräftigen Aufwertung der Lira werden aber schon bald auch die Exporte betroffen werden. Die außenwirtschaftliche Bilanz dürfte deshalb schlechter ausfallen, als noch vor wenigen Monaten erwartet.

Die wirtschaftliche Expansion wird sich im Jahresdurchschnitt 1987 nur mit einer Rate von real etwa 2,5 vH fortsetzen. Die Hoffnungen auf einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit werden dabei enttäuscht werden. Expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen wurden bisher nicht erwogen.

Die Wettbewerbsfähigkeit *Großbritanniens* ist infolge der beträchtlichen Pfundabwertung im vergangenen Jahr erheblich gestärkt worden. Die britischen Exporte werden daher in diesem Jahr — anders als die der übrigen Länder — spürbar zunehmen, wenn auch nicht so stark wie die der USA; denn der Dollar ist erheblich mehr als das Pfund abgewertet worden.

Aber nicht nur die Exportzunahme, sondern auch die nach wie vor kräftige Ausweitung des privaten Verbrauchs liegt über dem westeuropäischen Durchschnitt. Die Verbrauchszunahme wurde durch eine beachtliche Steigerung der Realeinkommen der privaten Haushalte ermöglicht. Dabei war nicht die von den Vertretern der Angebotspolitik immer wieder geforderte Lohnzurückhaltung die Bedingung für ein anhaltendes Wachstum. Ein kontinuierlicher Lohnanstieg schuf vielmehr die Voraussetzung dafür, daß die infolge von Produktivitätsfortschritten zunehmende Produktion ohne Preisverfall abgesetzt werden konnte. Damit entstand ein Konjunkturklima, das nun auch die Investitionsneigung positiv beeinflusst. Das wirtschaftliche Wachstum ist daher gegenwärtig in Großbritannien robuster und stärker als das durchschnittliche Wachstum in Westeuropa.

Daß es in Großbritannien wieder zu stärkeren Produktivitätsfortschritten kam, ist allerdings auch auf die angebotsorientierte Strategie der Flexibilisierung des Arbeitskräfteangebots im Rahmen der Reform der Gewerkschaftsstruktur zurückzuführen. Bei der sich gegenwärtig abzeichnenden Verbesserung der Wachstumsaussichten ist es nicht ausgeschlossen, daß das Sozialprodukt stärker als die Produktivität zunimmt, die Beschäftigung also steigt. Beschäftigungserfolge würden also auch nicht deswegen erzielt, weil Lohnzurückhaltung den Produktivitätsfortschritt verlangsamte, sondern weil sich das Wirtschaftswachstum beschleunigte. Damit zeigt auch die Entwicklung in Großbritannien, daß es nur dann zu einem befriedigenden Wirtschaftswachstum kommen kann, wenn sowohl Angebots- als auch Nachfragefaktoren wirksam werden.

Die *kleineren westeuropäischen Länder* werden sich der deutlichen konjunkturellen Abschwächung in den meisten großen Ländern nicht entziehen können. Dies gilt insbesondere für so stark außenhandelsabhängige Länder wie die Benelux-Staaten. Da die Impulse, die 1986 vor allem von der Verbilligung des Öls auf die reale Einkommensentwicklung und damit auf die Binnennachfrage ausgingen, allmählich abklingen und die Dollar-Abwertung auch diese Länder fühlbar trifft, wird das Sozialprodukt im Durchschnitt nur noch um weniger als 1,5 vH zu nehmen. Dabei werden sich auch die Arbeitsmarktprobleme wieder verschärfen.

Trotz des konjunkturstützenden Ausgabenverhaltens des Staates bleibt die wirtschaftliche Situation auch in *Japan* labil. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Exportwirtschaft nach wie vor erheblich unter der Dollarabwertung leidet. Das Ausfuhrvolumen war bis zuletzt rückläufig, doch waren für die Leistungsbilanz infolge der Verbesserung der Terms of Trade noch kräftige Überschüsse zu verzeichnen. Zu der ungünstigen Exportentwicklung hat beigetragen, daß die Importnachfrage der Industrieländer infolge der gedämpften Konjunktur weniger zunimmt als zuvor und überdies zahlreiche Abwehrreaktionen es den japanischen Exporteuren erschweren, Marktanteilsverluste an anderer Stelle wieder wettzumachen.

Die finanz- und geldpolitischen Impulse waren nicht so stark, daß der Ausfall von Auslandsnachfrage durch die angeregte Binnennachfrage ausgeglichen werden konnte. Zwar expandierten die öffentlichen Investitionsausgaben 1986 kräftig. Auch der Staatsverbrauch wurde kontinuierlich ausgeweitet. Nicht zuletzt profitierte der Wohnungsbau von expansiven Maßnahmen. Das im Herbst

vergangenen Jahres beschlossene Konjunkturprogramm dürfte aber im laufenden Haushaltsjahr nicht in dem Umfang realisiert werden, wie dies ursprünglich beabsichtigt war.

Bleibt es bei dem angekündigten finanzpolitischen Rahmen für das kommende Haushaltsjahr, dann sind von der staatlichen Nachfrage nur wenige Impulse zur wirtschaftlichen Belebung zu erwarten. Die noch recht hohen jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten lassen sich zum größten Teil durch den Überhang am Jahresende 1986 erklären. Inwieweit es 1987 zu anregenden Steuerentlastungen kommt, läßt sich gegenwärtig schwer absehen. Geplant, parlamentarisch indes noch nicht verabschiedet und als Gesamtpaket politisch umstritten, sind eine Entlastung bei den direkten Steuern und die Abschaffung der Steuerbefreiungen für Kleinsparer sowie die Einführung einer Mehrwertsteuer zum Beginn des nächsten Jahres. Die Entlastung der Einkommen von Unternehmen und privaten Haushalten würde zwar die Gesamtnachfrage beleben. Das von der Regierung prognostizierte Wachstum für das Haushaltsjahr 1987/88 in Höhe von 3,5 vH kann aber nur erreicht werden, wenn weitergehende nachfragestützende Maßnahmen ergriffen werden.

Der durch die Wechselkursentwicklung bedingte rasche Wegfall ausländischer Nachfrage nach japanischen Gütern wirft erhebliche strukturelle Probleme auf, da die Produktionskapazitäten in vielen Bereichen einseitig auf standardisierte, hochwertige Massenproduktion ausgerichtet sind, die den Bedarf des japanischen Marktes bei weitem übersteigt. Die erforderliche Umstellung verlangt von der japanischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik erhebliche Anpassungsbereitschaft, die nur mit großen Anstrengungen zu mobilisieren sein wird.

Bundesrepublik Deutschland: In der konjunkturellen Abschwungsphase?

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich das Konjunkturbild seit Herbst vergangenen Jahres erheblich eingetrübt. Insgesamt konnten weder bei der Nachfrage noch bei der Produktion weitere Fortschritte erzielt werden. Die Industriekonjunktur befindet sich seitdem in einer Abschwungsphase.

Im Kontrast zu dieser Situation ist die konjunkturpolitische Diskussion allerdings noch weitgehend von der Vorstellung geprägt, die Wirtschaft der Bundesrepublik gehe 1987 in das fünfte Aufschwungsjahr in Folge. Zwar trifft es zu, daß es im Falle eines flachen Wachstumstrends, wie er seit 1983 zu verzeichnen war, schwerer fällt als bei einem starken zyklischen Aufschwung, konjunkturelle Wendepunkte von kurzfristigen, den Aufschwung überlagernden Schwankungen zu unterscheiden, wie sie für die gesamte Periode 1983/86 typisch waren. Auch in der jüngsten Entwicklung von Nachfrage und Produktion lassen sich kurzfristige Bewegungen ausmachen, die nicht dem Zyklus zuzuordnen sind. Erwähnt sei hier der Rückgang der Bauproduktion in den ersten Monaten dieses Jahres, der nicht auf konjunkturelle Einflüsse zurückzuführen ist. Hier hat die außerordentlich ungünstige Witterung zu einem Einbruch geführt, der sogar das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion und der Beschäftigung in Mitleidenschaft gezogen hat. Zu periodischen Verlagerungen führten die Impulse, die der Automobilabsatz Ende vorigen Jahres aus den steuerlichen Regelungen für das abgasarme Auto erhalten hat. Diesem Push folgte im Januar ein entsprechend kräftiger Rückgang. Beide Bewegungen hatten ein so starkes Gewicht, daß sie selbst noch in dem großen Verwendungsaggregat privater Verbrauch spürbar waren: Die sich abzeichnende Stagnation des saisonbereinigten privaten Verbrauchs im ersten Quartal gegenüber dem Jahresende 1986¹ spiegelt die zugrunde liegende Tendenz der Verbrauchskonjunktur in dieser Phase nicht zutreffend wider.

Aber auch dann, wenn man diese Tatsachen berücksichtigt, sprechen die wichtigsten Konjunkturindikatoren inzwischen eine eindeutige Sprache. Der Höhepunkt des Aufschwungs in der Bundesrepublik ist im Spätsommer letzten Jahres überschritten worden; seitdem gehen gesamtwirtschaftliche Produktion und Kapazitätsauslastung tendenziell zurück, die Industrieproduktion sogar kräftig (vgl. Schaubild). Die Industrieproduktion hat saisonbereinigt gegenüber dem Niveau zur Mitte vorigen Jahres inzwischen etwa 4 vH eingebüßt, und zwar durch einen relativ stetigen Rückgang von Monat zu Monat.

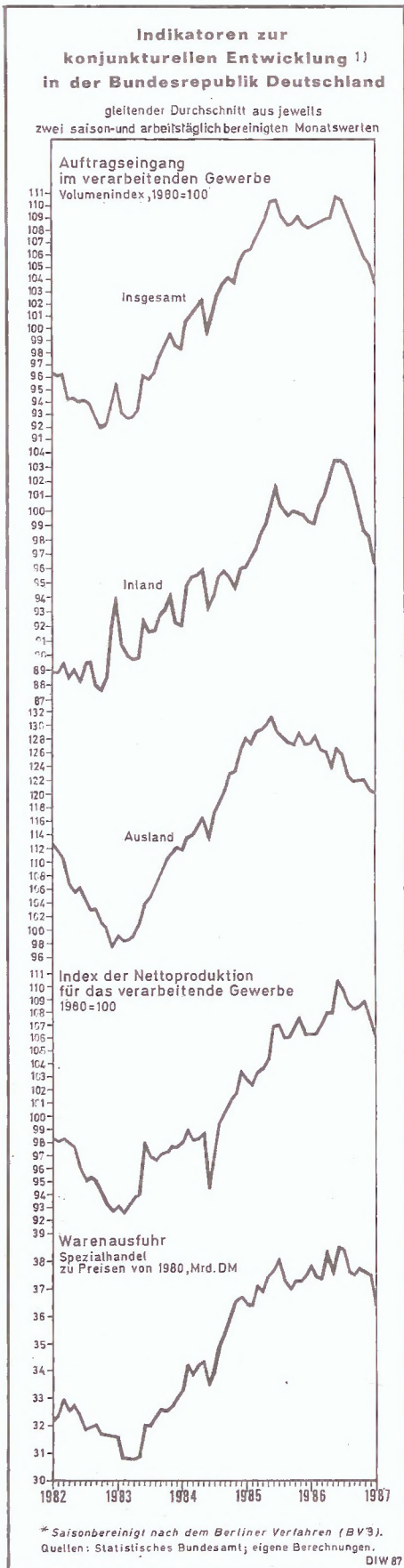
Den Ausschlag für die Abschwungsbewegung hat sicherlich die Entwicklung der Auslandsnachfrage gegeben. Gemessen am Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland ist hier der Höhepunkt schon Anfang 1985, also vor nunmehr zwei Jahren, erreicht gewesen; die reale Warenausfuhr selbst blieb aller-

dings noch bis zum Herbst letzten Jahres auf einem hohen Niveau. In dieser Zeit sind insbesondere in den exportstarken Zweigen Maschinenbau und Elektrotechnik die zuvor hohen Auftragsbestände abgearbeitet worden. Seit Herbst letzten Jahres scheint aber diese „Nachfrage-reserve“ weitgehend erschöpft zu sein; die Ausfuhrentwicklung wird nun weitgehend von der sinkenden laufenden Nachfrage bestimmt.

Wie aufgrund der gegenseitigen Abhängigkeit der Nachfrageaggregate nicht anders zu erwarten war, von vielen aber, mehr Wunschvorstellungen als einer nüchternen Analyse folgend, nicht gesehen wurde, haben die verschlechterten Absatzbedingungen auf den Auslandsmärkten nun auch den Verlauf der Inlandsnachfrage bei der Industrie ungünstig beeinflusst. Besonders deutlich zeigt sich dies wiederum im Investitionsgüterbereich; dort war das Bestellniveau aus dem Inland zu Beginn dieses Jahres um etwa 10 vH niedriger als noch im dritten Vierteljahr 1986. Einbußen im Inlandsgeschäft mußten vor allem bei Erzeugnissen des Maschinenbaus und bei elektrotechnischen Investitionsgütern hingenommen werden. Die Verschlechterung der Absatzerwartungen schlägt bei den Investitionsentscheidungen offenbar stärker durch als die nach wie vor günstige Gewinn- und Finanzierungssituation.

Dennoch ist die in der konjunkturpolitischen Diskussion auch gegenwärtig immer wieder vorgebrachte These von der Robustheit der Inlandsnachfrage nicht grundsätzlich falsch. Die wichtigste Komponente der inländischen Nachfrage, der private Verbrauch, befindet sich auch gegenwärtig noch in der konjunkturellen Anstiegsphase. Die nachwirkenden Effekte des Ölpreyrückgangs und der Verbilligung vieler anderer Verbrauchsgüter aufgrund der Dollarabwertung sind hier weiterhin spürbar, auch dürften die Einkommensimpulse, die von der ersten Stufe der Steuersenkung im letzten Jahr ausgegangen sind, noch nicht völlig abgeklungen sein. Zur Widerstandsfähigkeit der Inlandsnachfrage trägt aber auch der Baubereich bei. Insbesondere die expansiven Planungen im Wirtschaftsbau, die in den Jahren 1985 und 1986 zu beobachten waren, regen die Bautätigkeit in diesem Sektor weiter an, da hier schon wegen der langen Fertigungszeiten eine expansive Entwicklung nicht rasch abgebrochen wird, wenn sich die allgemeinen konjunkturellen Bedingungen verschlechtern. Ähnliche Argumente gelten zunächst auch für die öffentlichen Bauinvestitionen, allerdings mit der Einschränkung, daß eine konjunkturbedingte Verschlechterung der Einnahmesituation bei den Gemeinden noch im Laufe dieses Jahres zu vermehrter

¹ Vgl. Sozialprodukt sank trotz weiter expandierender Inlandsnachfrage. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 8/1987. Vgl. auch den nachstehenden Bericht in dieser Ausgabe.



Zurückhaltung bei diesem wichtigsten Investor im staatlichen Bereich führen könnte. Ihre Geltung verloren hat dagegen die These von der robusten Inlandsnachfrage für die Ausrüstungsinvestitionen. Allerdings überzeichnet der Verlauf der Inlandsbestellungen im Investitionsgüterbereich den Rückgang der Investitionsneigung im Inland, denn viele Investoren greifen nach der kräftigen Aufwertung der D-Mark auf das nun billiger gewordene ausländische Angebot zurück; die reale Einfuhr von Investitionsgütern war im vierten Vierteljahr 1986 um rd. 14 vH höher als zur entsprechenden Vorjahreszeit.

Insgesamt kann die gegenwärtige Entwicklung aufgrund dieser unterschiedlichen Tendenzen zwar — wie es häufig geschieht — als gesplante Konjunktur bezeichnet werden; die Trennungslinie liegt jedoch nicht zwischen Inlands- und Auslandsnachfrage, sondern zwischen der Nachfrage nach Gütern der Investitionsgüterindustrie einerseits und der nach Bauten und Konsumgütern andererseits. Die noch immer relativ günstige Entwicklung der Konsumnachfrage trägt im übrigen, da von ihr auch die Anbieter von Dienstleistungen profitieren, zu einer recht starken Differenzierung in der Entwicklung von Industrie- und gesamtwirtschaftlicher Produktion bei: Das reale Bruttosozialprodukt geht zwar seit einigen Monaten ebenfalls zurück, aber bei weitem nicht so stark wie die Industrieproduktion.

Die Entwicklung der Beschäftigung hat entsprechend zunächst auch nur im verarbeitenden Gewerbe reagiert. Hier ist der Beschäftigungsanstieg in den letzten Monaten zum Stillstand gekommen, während er sich in der Gesamtwirtschaft nur abgeschwächt hat. Schon dabei ist jedoch der — saisonbereinigte — Rückgang der Zahl der Arbeitslosen zu Ende gegangen. Dies war nicht nur den seit Dezember ungünstigen Witterungseinflüssen zuzuschreiben. Die auch deshalb sehr hohe Zahl gemeldeter Arbeitsloser in den Monaten Januar und Februar (nicht saisonbereinigt 2,5 Mill.) bedeutet eine erhebliche Vorbelastung für das Jahresergebnis insgesamt; unter den verschlechterten konjunkturellen Bedingungen ergeben sich kaum noch berechnete Hoffnungen auf einen weiteren Abbau.

Ausblick

Das DIW hat die Verschlechterung der Konjunktur zumindest zum Teil in seiner zu Jahresbeginn veröffentlichten Prognose der Wirtschaftsentwicklung in diesem Jahr berücksichtigt². Mit der Vorhersage eines gesamtwirtschaftlichen Wachstums von nur noch 1,5 vH im Durchschnitt dieses Jahres schätzte es die wirtschaftliche Entwicklung erheblich ungünstiger ein als die meisten anderen Institutionen; von den meisten wurde ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 2,5 oder 3 vH prognostiziert.

² Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1987: Bundesrepublik Deutschland: Zunehmende Risiken, Wochenbericht des DIW 1-2/87, S. 11.

ziert. Die Annahme einer deutlich unter diesen optimistischen Schätzungen liegenden Rate wird durch die Entwicklung im ersten Jahresviertel erhärtet. Das reale Sozialprodukt ist, zum Teil aufgrund der oben beschriebenen Sondereinflüsse, allen vorliegenden Indikatoren zufolge saisonbereinigt weiter gesunken. Selbst wenn es im weiteren Jahresverlauf zu einer Erholung kommen sollte: Schon ein Anstieg der Nachfrage und Produktion, der stark genug wäre, damit im Jahresdurchschnitt 1987 noch das vom DIW prognostizierte Sozialproduktswachstum von 1,5 vH erreicht wird, ist wenig wahrscheinlich. Zudem gibt es gegenwärtig kaum Anhaltspunkte, die für ein baldiges Erreichen des unteren konjunkturellen Wendepunktes sprechen. Von der Auslandskonjunktur, also über den Export, kündigt sich dieses nicht an, zumal der Wechselkursbedingte Druck auf die Warenausfuhr gegenwärtig noch größer ist, als vom DIW zu Jahresanfang unterstellt wurde; die Inlandsnachfrage befindet sich insbesondere im Investitionsgüterbereich noch in einer Phase der Anpassung an die verschlechterten außenwirtschaftlichen Bedingungen.

Nachdem es nun nicht mehr möglich ist, aktuelle und enttäuschende Konjunkturdaten als nur kurzfristige Abweichungen von einem stabilen Aufwärtspfad abzutun, kommt es in erster Linie darauf an, daß die am wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß Beteiligten bereit sind, diese Tatsache zu erkennen und bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Maßnahmen, die direkt oder indirekt konjunkturbelaßend sein könnten, sind zu vermeiden, solche, die die Konjunktur stützen, zumindest aber die Abwärtstendenz bremsen könnten, so rasch wie möglich zu verwirklichen. Dabei sollten die einzelnen Entscheidungsträger ihr Verhalten miteinander abstimmen.

Handlungsbedarf besteht — sogar nach der Meinung derjenigen, die noch an eine Fortsetzung des Aufschwungs glauben — gegenwärtig bei der Finanzpolitik. Die zwischen den Koalitionsparteien gerade vereinbarte Aufstockung der zweiten Stufe der Steuerreform ist ein Schritt in die richtige Richtung. Für die Wirkung ist jedoch nicht nur die Höhe entscheidend, sondern vor allem der Zeitpunkt der Entlastung. Nach wie vor scheint eine rasche steuerliche Entlastung eher unter Heranziehung der hierfür im Stabilitätsgesetz vorgesehenen Regelungen möglich zu sein als mit der zweiten Stufe der Steuerreform, die in dieser veränderten Fassung wieder die parlamentarischen Instanzen durchlaufen muß. Es bietet sich daher an, die Einkommen zunächst durch die mögliche zehnprozentige Steuersenkung laut Stabilitätsgesetz zu entlasten; der Anschluß an diese Regelung durch die Inkraftsetzung der aufgestockten zweiten Stufe der Steuer-

reform zum 1. Januar 1988 wäre dann relativ reibungslos herzustellen. In keinem Falle dürfen aber die finanzpolitischen Entscheidungsträger, soll die steuerliche Entlastung die gewünschte und erforderliche konjunkturpolitische Wirkung haben, versuchen, diese Steuerausfälle durch Einsparungen bei den Ausgaben zu finanzieren. Insbesondere müssen die Mittel, die in diesem Jahre für die öffentlichen Investitionen vorgesehen sind, ungeschmälert bleiben, denn sonst würde die Bauwirtschaft in eine erneute Krise geraten.

Eine damit verbundene höhere Netto-Kreditaufnahme der Gebietskörperschaften wäre leichter zu akzeptieren, wenn die Geldpolitik weiterhin einen Kurs steuerte, der Zinssenkungen erlaubt. Dies ist jedoch nicht das einzige Argument, das gegenwärtig für eine Politik relativ leichten Geldes spricht. Nach wie vor darf die Geldpolitik einem weiteren Anstieg des Wechselkurses der D-Mark nicht Vorschub leisten, soll der Export nicht noch weiter erschwert werden, als er es ohnehin schon ist. Gleichzeitig muß die inländische Ausgabeneigung gestützt werden. Ob ein solcher Kurs mit einer Ausweitung der Zentralbankgeldmenge im Rahmen des neuen Zielkorridors der Bundesbank (laufende Rate von 3 bis 6 vH) zu vereinbaren ist, läßt sich gegenwärtig nicht bestimmen. Im Kollisionsfalle muß die konjunkturell erwünschte Wirkung der Geldpolitik Vorrang haben vor der Verfolgung eines bestimmten Geldmengenzieles.

Auch die Tarifparteien sollten die sich aus der vorgelegten Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergebenden Signale beachten. Diese Entwicklung ist labil, d.h. stör anfällig. Dies bedeutet, daß der bisher eingehaltene stetige Pfad in der Tarifpolitik nicht verlassen werden sollte. In seiner Jahresprognose³ hatte das DIW als Verteilungsspielraum im Jahre 1987 eine Spanne von 3 bis 4 vH vorausgeschätzt. Aus heutiger Sicht dürfte 1987 der Anstieg der Verbraucherpreise aufgrund des Wechselkurs- und Konjunktüreinflusses eher noch geringer ausfallen als damals angenommen (+1 vH), ebenso aber auch der Anstieg der Arbeitsproduktivität, der wohl eine zusätzliche konjunkturelle Dämpfung erfahren wird. Ein Ausscheren aus der vom DIW genannten Spanne nach oben wäre unter diesen Bedingungen wegen der Preis- und Beschäftigungswirkungen unerwünscht. Bei einem Ausscheren nach unten besteht die Gefahr, daß mit den dabei verschlechterten Einkommenserwartungen die Sparneigung gerade angesichts der labil gewordenen Beschäftigungssituation steigt, der private Verbrauch also seine Rolle als Stabilisator verliert.

³ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1987, a.a.O., S. 26.

Privater Verbrauch bleibt Konjunkturstütze

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im vierten Quartal 1986¹

In den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres hat die private Verbrauchsnachfrage wieder etwas zugenommen, wenn auch die Entwicklung nicht ganz den Erwartungen entsprach². Im Umfeld eines nach wie vor freundlichen Konsumklimas, zu dem spürbar höhere Nettoeinkommen bei stabilen Lebenshaltungskosten beitrugen, entwickelte sich in einigen Bereichen eine lebhaftere Nachfrage; allerdings wurde ein beachtlicher Teil der Mehreinkommen gespart. Sowohl in nominaler als auch in realer Rechnung war im Berichtszeitraum ein Anstieg des privaten Verbrauchs um knapp 1 vH gegenüber dem dritten Quartal zu verzeichnen; im Vergleich zum letzten Jahresviertel 1985 bedeutet dies eine Zunahme um 3,2 vH (nominal) bzw. 3,9 vH (real).

Für 1986 insgesamt stellte der private Verbrauch die wesentliche Stütze des konjunkturellen Aufschwungs dar; die Ausweitung der realen Nachfrage um 4,2 vH war deutlich größer als das gesamtwirtschaftliche Wachstum (+2,4 vH). Die Entwicklung im letzten Jahr wurde stark geprägt von den rückläufigen Verbraucherpreisen. Vor allem die erheblich gesunkenen Preise von Heizöl und Kraftstoffen bewirkten, daß das Preisniveau des privaten Verbrauchs — in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung — um fast einen halben Prozentpunkt unter dem von 1985 lag. Der kräftigen Steigerung des Verbrauchsvolumens stand somit eine im langjährigen Vergleich nur mäßige Expansion der Konsumausgaben (+3,7 vH) gegenüber.

Nachdem die Einzelhandelsumsätze im Oktober ihr Vorjahresergebnis nur wenig übertroffen hatten und im November sogar unter dem Vorjahresniveau geblieben waren — hier spielten allerdings Kalendereinflüsse eine wesentliche Rolle —, zog die Nachfrage im Dezember kräftig an. Für das Quartal insgesamt konnte so noch ein — nominaler wie realer — Umsatzanstieg um knapp 1 vH gegenüber dem dritten Quartal registriert werden. Beim Jahresumsatz 1986 errechnet sich eine preisbereinigte Zunahme von 3,7 vH; dies ist das beste Ergebnis für den Einzelhandel seit 1978.

Bedarfsbereiche

Die ziemlich stetige Ausweitung des realen Verbrauchs von *Nahrungs- und Genußmitteln* seit dem Frühjahr 1985 hat sich im Berichtszeitraum nicht fortgesetzt; es wurde gerade der entsprechende Wert vom Vorquartal erreicht. Dennoch wurde 1986 mit einer Steigerung des Verbrauchsvolumens um rund 3 Mrd. DM auf 205 Mrd. DM der höchste Zuwachs seit 1980 erzielt. Insgesamt fiel je-

doch der Anteil dieses Bedarfsbereichs an der Konsumnachfrage weiter; er liegt jetzt — in realer Rechnung — erstmals unter 23 vH.

Der leichte Preisanstieg bei Nahrungs- und Genußmitteln im dritten Quartal kam im letzten Jahresviertel zum Stillstand. Hier waren einige nennenswerte Preissenkungen zu registrieren, so bei Speisefetten und -ölen (-10 vH im Vorjahresvergleich) und bei Frischobst (-5 vH); sie kompensierten die überwiegend mäßigen Preisanhebungen bei anderen Nahrungsmitteln.

Die seit dem letzten Frühjahr lebhaftere Nachfrage nach *Kleidung und Schuhen* kam im Jahresendquartal ebenfalls ins Stocken. Wertmäßig wurde zwar das Niveau vom dritten Jahresviertel gut erreicht, doch preisbereinigt gab es ein Minus von 1 vH. Hier dürfte das verhältnismäßig milde Wetter eine Rolle gespielt haben, das nicht zum Kauf von Winterbekleidung anregte. Überdurchschnittliche Einbußen mußte der Schuheinzelhandel hinnehmen, dessen realer Umsatz das Ergebnis vom Vorquartal um 3 vH verfehlte.

Die insgesamt leichte Expansion der *Mietausgaben* in den Vorquartalen hielt auch im Berichtszeitraum an; gegenüber dem dritten Jahresviertel gab es einen Anstieg um 1 vH. Die weiterhin geringen Mieterhöhungen — im Jahresdurchschnitt 1986 machten sie knapp 2 vH aus — trugen wesentlich zu dieser ruhigen Entwicklung bei. So ist 1986 auch erstmals seit vielen Jahren der Anteil der Mieten am privaten Verbrauch — er liegt derzeit bei gut 15 vH — nicht gestiegen.

Bei den Ausgaben für *Haushaltsenergie* konnten die Verbraucher erneut kräftig sparen. Nach dem drastischen Rückgang der Heizölpreise — im Berichtsquartal lagen sie um fast 60 vH unter dem Vorjahresniveau — gaben nun auch die Gaspreise merklich nach (-20 vH). Gegenüber dem dritten Jahresviertel sanken die Ausgaben um 9 vH; im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Einsparung von 4 Mrd. DM — fast ein Viertel aller Aufwendungen für Haushaltsenergie.

Auch bei der realen Energienachfrage blieben im letzten Vierteljahr 1986 Impulse aus, vor allem aufgrund der Flaute bei den Heizölkäufen. Hier konnten die privaten

¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — saison- und arbeitstäglich bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.

² Vgl. Konsum weiter auf Wachstumskurs. Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im dritten Quartal 1986. Bearb.: Jochen Schmidt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/1986, S. 645 ff.

Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungswerte						Saisonbereinigte Werte ⁸⁾				
Verwendungszwecke	1986 ⁷⁾	1985 IV	I	1986 II	III	IV ⁷⁾	1985 IV	I	1986 II	III	IV ⁷⁾
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	239,98	63,06	56,20	59,41	60,22	64,15	59,3	59,3	59,8	60,5	60,4
Kleidung, Schuhe	94,30	29,04	19,76	22,46	21,83	30,25	22,8	22,7	23,5	23,9	24,0
Wohnungsmieten ²⁾	166,07	40,39	41,29	41,25	41,52	42,01	40,5	41,0	41,2	41,7	42,1
Haushaltsenergie ³⁾	57,38	17,47	17,79	14,15	11,96	13,48	16,7	15,6	15,3	13,9	12,7
Haushaltsführung	96,05	27,45	21,37	23,37	22,49	28,82	23,5	23,3	23,8	24,0	24,9
Gesundheits- u. Körperpflege	51,45	12,88	12,65	12,79	12,56	13,45	12,4	12,7	12,9	12,9	12,9
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	168,70	39,12	38,98	45,09	42,38	42,25	39,9	40,0	42,8	42,5	43,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	104,37	30,37	23,32	24,49	24,70	31,86	25,1	25,4	26,2	26,0	26,6
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	70,31	17,47	16,14	17,54	18,03	18,60	17,0	17,0	17,4	17,7	18,1
Privater Verbrauch ⁵⁾	1'080,80	282,05	253,37	267,78	268,45	291,20	264,2	264,7	270,6	271,5	273,4
Veränderung in vH gegenüber											
	Vorjahr						Vorquartal				
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	1,8	1,6	1,5	1,6	2,5	1,7	0,4	0,0	0,8	1,2	-0,2
Kleidung, Schuhe	4,7	3,9	2,0	5,5	7,0	4,2	0,8	-0,5	3,7	1,7	0,4
Wohnungsmieten ²⁾	4,2	5,1	4,9	4,0	4,0	4,0	0,9	1,2	0,5	1,2	1,0
Haushaltsenergie ³⁾	-11,6	8,6	-1,4	-4,3	-17,9	-22,8	1,4	-6,6	-2,0	-8,8	-8,9
Haushaltsführung	3,9	3,2	2,5	3,7	4,1	5,0	0,8	-1,0	2,4	0,9	3,4
Gesundheits- u. Körperpflege	4,0	2,9	3,7	4,4	3,5	4,4	-1,2	2,5	1,6	0,3	0,2
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	7,8	7,2	6,9	9,7	6,4	8,0	-1,9	0,2	7,0	-0,7	1,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	5,0	3,8	4,7	6,8	3,9	4,9	-0,4	1,3	3,2	-0,9	2,3
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	6,1	5,9	6,1	6,1	5,7	6,5	0,8	0,3	2,4	1,7	2,1
Privater Verbrauch ⁵⁾	3,7	4,3	3,7	4,7	3,4	3,2	0,2	0,2	2,2	0,3	0,7
Mrd. DM zu Preisen von 1980											
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	205,04	54,66	48,03	50,35	51,35	55,31	50,9	50,9	51,2	51,5	51,5
Kleidung, Schuhe	78,43	24,39	16,47	18,71	18,17	25,08	19,0	19,1	19,7	19,9	19,7
Wohnungsmieten ²⁾	132,40	32,54	33,17	33,00	33,01	33,22	32,6	32,9	33,0	33,2	33,3
Haushaltsenergie ³⁾	49,89	13,25	14,35	12,15	10,80	12,59	12,8	12,7	12,9	12,3	12,1
Haushaltsführung	80,84	23,23	18,05	19,71	18,91	24,17	19,8	19,7	20,1	20,2	20,7
Gesundheits- u. Körperpflege	41,53	10,50	10,25	10,34	10,13	10,81	10,1	10,3	10,4	10,4	10,4
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	144,78	32,12	32,98	38,88	36,63	36,29	33,0	33,7	36,9	36,7	37,2
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	90,93	26,80	20,27	21,29	21,60	27,77	22,0	22,3	23,0	22,6	22,9
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	56,21	14,30	12,90	13,99	14,43	14,89	13,8	13,7	14,0	14,1	14,4
Privater Verbrauch ⁵⁾	903,13	235,33	210,74	223,61	224,21	244,57	219,1	220,9	226,6	226,8	228,4
Veränderung in vH gegenüber											
	Vorjahr						Vorquartal				
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	1,5	0,9	1,3	1,7	1,6	1,2	0,5	0,1	0,6	0,6	-0,0
Kleidung, Schuhe	2,8	1,1	-0,5	3,4	5,0	2,8	-0,9	0,2	3,2	1,2	-1,0
Wohnungsmieten ²⁾	2,4	2,7	2,9	2,3	2,2	2,1	0,6	0,9	0,1	0,6	0,4
Haushaltsenergie ³⁾	1,4	7,4	6,1	7,3	-3,0	-5,0	1,7	-0,2	1,1	-4,7	-1,4
Haushaltsführung	2,8	1,5	1,0	2,7	3,1	4,1	0,1	-0,7	2,1	0,6	2,5
Gesundheits- u. Körperpflege	2,5	1,1	2,1	3,0	2,0	3,0	-1,6	2,2	1,4	-0,2	-0,3
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	12,4	6,0	8,7	15,8	11,7	13,0	-1,5	2,2	9,5	-0,7	1,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	4,1	3,0	3,8	6,2	3,0	3,6	-1,0	1,4	3,1	-1,5	1,4
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	3,4	2,5	3,1	3,0	3,2	4,1	0,2	-0,5	1,8	1,2	1,8
Privater Verbrauch ⁵⁾	4,2	2,7	3,4	5,4	4,0	3,9	0,1	0,8	2,6	0,1	0,7
Preisentwicklung ⁶⁾ : Veränderung in vH gegenüber											
	Vorjahr						Vorquartal				
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	0,4	0,7	0,1	-0,1	0,9	0,5	-0,0	0,0	0,2	0,6	-0,2
Kleidung, Schuhe	1,9	2,8	2,5	2,0	1,9	1,3	0,9	0,4	0,2	0,4	0,3
Wohnungsmieten ²⁾	1,8	2,4	1,9	1,7	1,7	1,9	0,3	0,3	0,5	0,6	0,5
Haushaltsenergie ³⁾	-12,7	1,2	-7,2	-10,9	-15,4	-18,8	-0,6	-5,9	-4,2	-5,1	-5,4
Haushaltsführung	1,1	1,7	1,5	1,1	1,0	0,9	0,4	0,1	0,1	0,4	0,3
Gesundheits- u. Körperpflege	1,4	1,8	1,6	1,4	1,4	1,4	0,3	0,3	0,2	0,5	0,4
Verkehr u. Nachrichtenübermittl.	-4,1	1,2	-1,6	-5,3	-4,8	-4,4	-0,5	-2,1	-2,2	-0,0	-0,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	0,9	0,8	0,9	0,5	0,9	1,2	0,3	0,4	-0,0	0,5	0,4
Persönl. Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	2,6	3,4	2,9	3,0	2,4	2,2	0,6	1,1	0,3	0,5	0,3
Privater Verbrauch ⁵⁾	-0,4	1,6	0,3	-0,7	-0,5	-0,7	0,0	-0,5	-0,4	0,3	-0,1

¹⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — ²⁾ Einschließlich Mietwert der Eigentümergebäude. — ³⁾ Elektrizität, Gas, Brennstoffe. — ⁴⁾ Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u. a. — ⁵⁾ Der private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken unterteilten Käufen der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck und dem sogenannten Reisesaldo, d. h. dem privaten Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzüglich des privaten Verbrauchs von Gebietsfremden im Inland. — ⁶⁾ Auf der Basis 1980=100. Preisentwicklung nach VGR. — ⁷⁾ Vorläufige Berechnung des DIW. — ⁸⁾ Nach dem Berliner Verfahren (BV3). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes. Vierteljährliche Aufteilung nach Verwendungszwecken: Berechnung des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Haushalte noch immer von den im Frühjahr kräftig aufgefüllten Beständen zehren. So lag der preisbereinigte Absatz des Brennstoffhandels im Berichtszeitraum um fast 3 vH unter dem im dritten Quartal erreichten Wert, dies war ein Minus von 16 vH gegenüber dem Vorjahr.

Für das Jahr 1986 insgesamt errechnet sich — trotz höherer Aufwendungen für Strom — eine Entlastung des Haushaltsbudgets von 7,5 Mrd. DM, von der überwiegend die ölbeheizten — in geringem Maße auch die gasbeheizten — Haushalte profitierten. Insgesamt waren die Energiepreise 1986 im Durchschnitt um fast 13 vH niedriger als 1985; beim realen Verbrauch war ein geringfügiger Anstieg (+1,4 vH) zu registrieren.

Eine merkliche Belebung der Nachfrage im letzten Quartal 1986 war bei den Gütern der *Haushaltsführung* zu beobachten. Die Ausweitung der Ausgaben um 3,4 vH (real +2,5 vH) gegenüber dem Vorquartal übertraf sogar das hohe Tempo der Entwicklung im zweiten Vierteljahr. Wesentlich zu diesem Ergebnis trug der Absatz von Möbeln bei, der den Wert vom dritten Quartal in preisbereinigter Rechnung um knapp 4 vH übertraf. Noch deutlicher wird dies beim Jahresergebnis 1986; ein Anstieg des gesamten Verbrauchsvolumens in diesem Bedarfsbereich um 2,8 vH ging mit einem realen Absatzplus bei Möbeln von 4,2 vH einher.

Die Stagnation der realen Nachfrage im Verwendungszweck *Gesundheits- und Körperpflege* im dritten Quartal setzte sich im Berichtszeitraum fort. Bei insgesamt nur mäßigen Preisanhebungen — lediglich die Dienstleistungen der Krankenhäuser verteuerten sich mit einer Rate von gut 3 vH (Vorjahresvergleich) spürbar — nahmen auch die Ausgaben kaum zu.

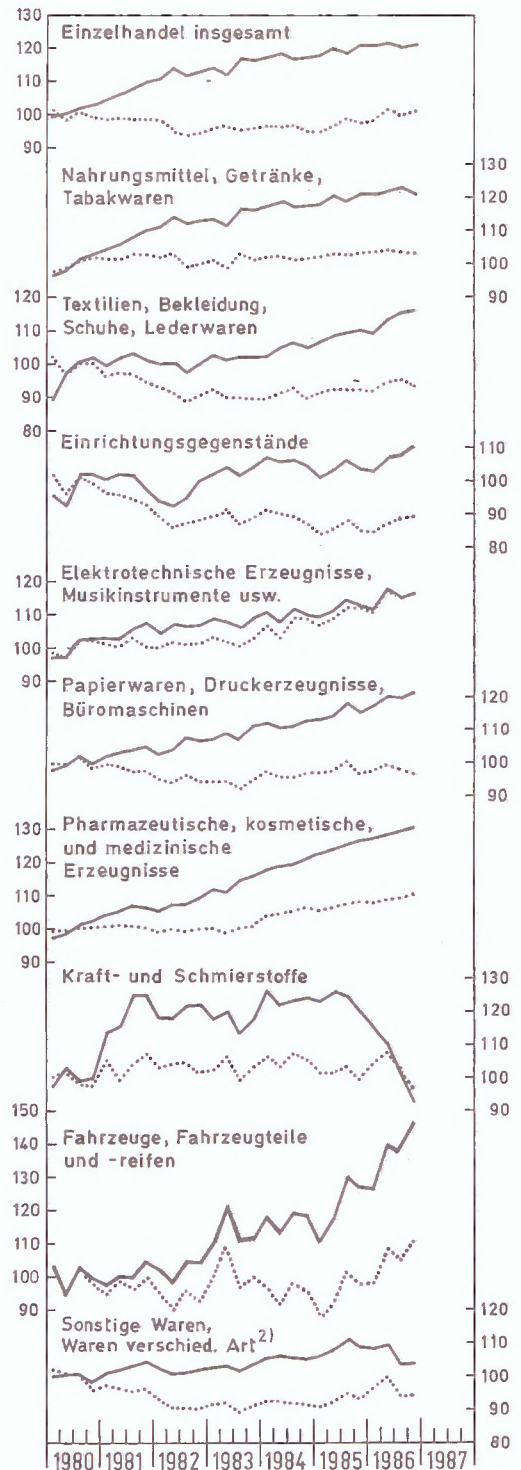
Mit Mehrausgaben von 1,5 vH (nominal wie real) gegenüber dem dritten Jahresviertel zählte der Verwendungszweck *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* im Berichtsquartal zu den expansiven Nachfragebereichen. Überaus kräftige Impulse gingen von der Nachfrage nach Kraftfahrzeugen aus. Die Zahl der neuzugelassenen Personenkraftwagen war um 9 vH höher als im dritten Jahresviertel, ein Anstieg um rund ein Viertel im Vorjahresvergleich. Mit mehr als 705 000 verkauften Fahrzeugen wurde die bisherige Höchstmarke für ein Jahresendquartal (1978: 581 000 Fahrzeuge) weit übertroffen. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das Auslaufen der höchstmöglichen steuerlichen Begünstigung beim Kauf schadstoffarmer Autos zum Jahresende mit der Folge, daß viele ohnehin geplante Käufe vorgezogen wurden. Insbesondere das Dezemberergebnis ist stark überzeichnet, wie inzwischen die Zahlen für den Januar dieses Jahres deutlich gemacht haben; hier gab es bei den Neuzulassungen saisonbereinigt ein Minus von 40 vH gegenüber dem Dezember.

Die Kraftstoffnachfrage war von unterschiedlichen Tendenzen geprägt. Nicht zuletzt aufgrund der gestiegenen Motorisierung nahm der Verbrauch zu; für das ganze Jahr 1986 betrug der Zuwachs knapp 4 vH. Dies machte sich

UMSÄTZE IM EINZELHANDEL 1980 = 100

saisonbereinigte ¹⁾ Vierteljahreswerte

— zu jeweiligen Preisen
..... zu Preisen von 1980



1) Nach dem Berliner Verfahren (BV 3). — 2) Warenhäuser; Brennstoffhandel; Einzelhandel mit Uhren und Schmuck, Spielwaren, Sportartikeln, Foto- und optischen Erzeugnissen u. a.

aber bei den Ausgaben nicht bemerkbar, denn das Abrutschen der Kraftstoffpreise — im Jahresdurchschnitt 1986 wurde das Preisniveau vom Vorjahr um fast 25 vH unterschritten — hatte spürbare Minderausgaben zur Folge. In der vierteljährlichen Rechnung sind 1986 von Quartal zu Quartal rückläufige Ausgaben zu verzeichnen; im Berichtszeitraum machte der Abstand zum Vorquartalswert rund 9 vH aus.

Per Saldo hat der Verwendungszweck Verkehr im Jahre 1986 mit einer Steigerung des Verbrauchsvolumens um über 12 vH das Konsumwachstum in erheblichem Maße getragen. In absoluten Größen betrachtet, entfielen vom Zuwachs des realen Konsums von 36 Mrd. DM gegenüber 1985 fast 16 Mrd. DM — mehr als zwei Fünftel — auf Güter dieses Bedarfsbereichs; nominal ist der entsprechende Anteil mit gut 30 vH (12 von 39 Mrd. DM) weit niedriger, da die stark gesunkenen Kraftstoffpreise die Ausgabenexpansion bremsen.

Im Verwendungszweck *Bildung, Unterhaltung, Freizeit* war die Nachfrageschwäche, die im dritten Quartal zu beobachten war, nicht von Dauer. Das hohe Verbrauchsvolumen vom zweiten Vierteljahr konnte im Jahresendquartal wieder erreicht werden. Bei den Ausgaben wurde der Rückgang vom Vorquartal (–1 vH) mit einer Zunahme von über 2 vH mehr als wettgemacht.

An vorderster Stelle ist in diesem Bedarfsbereich abermals der Absatz von Foto- und Kinogeräten zu nennen. Waren hier schon im dritten Quartal keine Schwächetendenzen auszumachen, so hat der entsprechende Einzelhandelszweig im Berichtszeitraum den realen Umsatz erneut kräftig gesteigert (+5 vH). Nach einem guten Weihnachtsgeschäft kam der Einzelhandel mit Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten im letzten Quartal 1986 auf eine reale Absatzerhöhung von knapp 3 vH gegenüber dem Quartal zuvor; wegen der hier insgesamt nachgebenden Verkaufspreise fiel die nominale Umsatzausweitung mit 0,5 vH deutlich geringer aus. Der Einzelhandel mit Spielwaren konnte zwar nach der positiven Entwicklung im dritten Jahresviertel eine weitere reale Umsatzzunahme verbuchen (+1 vH), blieb aber immer noch um mehr als 1 vH unter dem Niveau vom Jahresanfang.

In der Bilanz für 1986 zählt die Nachfrage nach Gütern der Bildung, Unterhaltung und Freizeit zu den expansiven Kategorien. Der reale Zuwachs von gut 4 vH wurde lediglich von der Zunahme bei der Verkehrsnachfrage übertroffen.

Mit einer Rate von 2 vH expandierten die Ausgaben für Güter des Verwendungszwecks *persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen* im Berichtszeitraum — wie schon im Quartal zuvor — stärker als die Gesamtausgaben. Der Preisauftrieb schwächte sich leicht ab, so daß auch der reale Zuwachs (+1,8 vH) überdurchschnittlich ausfiel. Im ganzen Jahr 1986 wurden die Ausgaben in diesem Bedarfsbereich um 6 vH ausgeweitet.

Neben der höheren Nachfrage ist in diesem Zusammenhang auf den relativ starken Preisanstieg — im Durchschnitt des Verwendungszwecks 2,6 vH — hinzuweisen. Eine große Rolle spielten dabei die von der Neuordnung der Kraftfahrzeugsteuer ausgehenden Mehrbelastungen, die zu einer rechnerischen Erhöhung von über 20 vH führten. Zu erwähnen ist außerdem die Verteuerung einiger Dienstleistungen, z. B. bei Pauschalreisen (+4,8 vH) und beim Beherbergungsgewerbe (+3,8 vH).

Ausblick

Der private Verbrauch wird auch 1987 eine Stütze der Konjunktur sein, obwohl sich das Wachstumstempo verlangsamen wird. Dabei wird er die Nachfragerückgänge in anderen Verwendungsbereichen des Sozialprodukts immer weniger ausgleichen. Gesamtwirtschaftlich ist zugleich zu bedenken, daß bei den gegenwärtigen Wechselkursrelationen ein zunehmender Teil des Verbrauchswachstums aus Importen gedeckt werden wird.

Insgesamt begründen indes eine wiederum nennenswerte Steigerung der verfügbaren Einkommen und ein anhaltend ruhiges Preisklima weiterhin Zuversicht. Zwar werden die von den Ölpreissenkungen ausgehenden Effekte allmählich ausklingen, so daß die inländische Preisentwicklung mehr durchschlagen wird, doch ist allgemein die Gefahr eines stärkeren Auftriebs gering.

Im Einzelhandel ist das Geschäftsklima insgesamt gut, obwohl die Absatzlage im Januar nach dem lebhaften Dezembergeschäft weniger günstig war. Die weitere Entwicklung wird aber überwiegend positiv eingeschätzt. Ebenso bewegt sich der Konsumklima-Index³ — ein Indikator für die Kaufbereitschaft der Verbraucher — nach wie vor auf hohem Niveau. Allerdings waren im Januar erste Anzeichen einer labileren Entwicklung zu erkennen. Skeptischer wurden insbesondere der weitere Konjunkturverlauf und die Situation auf dem Arbeitsmarkt beurteilt. Dagegen zeigten sich die Konsumenten hinsichtlich ihrer eigenen finanziellen Möglichkeiten immer noch zuversichtlich, und die Bereitschaft zum Kauf von langlebigen Gebrauchsgütern war tendenziell weiter aufwärts gerichtet.

Die Ergebnisse im ersten Quartal werden die konjunkturelle Verbrauchsentwicklung etwas unterzeichnen. Einmal mußten aufgrund der widrigen Witterungsbedingungen am Jahresanfang Einkommenseinbußen hingenommen werden, zum anderen fallen die aus steuerlichen Gründen in das letzte Jahr vorgezogenen Pkw-Käufe als aktuelle Nachfrage aus. Insofern ist saisonbereinigt in den ersten drei Monaten dieses Jahres kaum mit einer Expansion des privaten Verbrauchs zu rechnen; das Vorjahresniveau würde bei einer solchen Entwicklung um reichlich 3 vH übertroffen werden.

³ Berechnet von der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (Nürnberg) im Auftrag der EG-Kommission.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr.122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr.123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr.124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr.125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr.126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr.127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr.128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr.129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr.130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr.131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr.132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr.133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Casser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr.134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.
- Nr.135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr.136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr.137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr.138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr.139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr.140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr.141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr.142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer + 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Wirtschaftslage — *Weltwirtschaftliche Expansion schwächer als erwartet.* Bearbeitet von Bernhard Seidel, Manfred Teschner und Joachim Volz. —

Bundesrepublik Deutschland: *In der konjunkturellen Abschwungsphase?* Bearbeitet von Horst Seidler. —

Privater Verbrauch bleibt Konjunkturstütze. Bearbeitet von Jochen Schmidt.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.